

Treffen der Regierung mit der Justiz

St.Gallen, 6. November 2012

Sehr geehrter Herr Verwaltungsgerichtspräsident

Sehr geehrter Herr Kantonsgerichtspräsident

Geschätzte aktive und ehemalige Vertreterinnen und Vertreter der Justiz

Geschätzte ehemalige Mitglieder der Regierung

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Im Namen der Regierung begrüsse ich Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Zusammenkunft. Wir haben vorher in der Rechtsmedizin und der Pathologie des Kantonsspitals ein interessantes Vorprogramm erleben dürfen, das gerade im Bereich der Rechtsmedizin verschiedene Berührungspunkte zur Justiz hat. Andererseits wollten wir Ihnen natürlich auch zeigen, dass das Geld, das uns ja eigentlich fehlt, in den Neubauten des KSSG gut angelegt ist. Dass uns das Geld im Kantonshaushalt fehlt, ist aber unbestritten nicht die Schuld der St.Galler Justiz. Diese ist im Vergleich mit anderen Kantonen zweifellos eher kostengünstig. Als Finanzchef habe ich also keinen Anlass, mit unserer Justiz nicht zufrieden zu sein. Gut, wir haben vor dem Bundesgericht bzw. dem Bundesverwaltungsgericht in jüngerer Zeit zwei, drei Beschwerdeverfahren verloren, die uns einige Millionen kosten. Ich denke an die Lohngleichheitsklage der Hebammen und an die Klage der Personalverbände wegen der Gewinnabschöpfung des Kantons für die Vermögensverwaltung der Pensionskassen. Gut, es ist schlimm genug, dass uns die höchstrichterlichen Urteile insgesamt rund 45 Millionen kosten. Aber wenigstens hat uns in einen Fall das Verwaltungsgericht die Stange gehalten. Das tröstet etwas über den Verlust hinweg. Denn es ist allemal besser, Ueli Cavelti hinter sich als gegen sich zu haben. Ich komme darauf zurück.

Der bekannte Schweizer Strafrechtler Peter Noll hat vor 20 Jahren gesagt: *«Es braucht offenbar wieder Mut, ein guter Richter zu sein.»* Kantonsgerichtsgerichtspräsident Niklaus Oberholzer hat darauf in einem lesenswerten Interview im Magazin Bezug genommen und ausgeführt, dass dieser Satz heute wieder zunehmend an Bedeutung gewinne. Es brauche Mut, weil man sich manchmal gegen die gesellschaftliche Grundstimmung stellen müsse.

Tatsächlich ist es so, dass man sich als Richter in der öffentlichen Meinung nicht immer Lorbeeren holt. Manchmal ist das gesellschaftliche Urteil in den Medien schon gefällt, bevor der Richterspruch erfolgt. Ich denke da z.B. an den Entscheid des Bundesgerichtes, die Volksabstimmung über die Unternehmenssteuerreform II wegen der falschen Angaben im Abstimmungsbüchlein über die finanziellen Auswirkungen des Kapitaleinlageprinzips nicht wiederholen zu lassen. Oder ich denke an den Entscheid des Bundesverwaltungsgerichtes, worin es bezüglich des AKW Mühleberg eine Sicherheitsbeurteilung vornimmt und entscheidet, dass

das AKW innert Frist vom Netz muss. Ich erinnere mich weiter an die verschiedenen höchst-richterlichen Entscheide im Zusammenhang mit der Amtshilfe und der Lieferung von UBS-Kundendaten an ausländische Behörden und an den Entscheid über das Verbot der Knabenbeschneidungen. In solchen Fällen haben die Urteile durchaus auch eine politische Aussage und die Richter können schon bei der Urteilsfindung absehen, welche Kommentare sie nach ihrem Urteil erwarten werden.

Ich danke deshalb allen Richterinnen und Richtern herzlich, die sich im Zweifelsfall mutig auch gegen eine gesellschaftliche Grundstimmung stellen und ihre Urteile im Sinn eines verlässlichen Rechtsstaates fällen. Kirchenvater Augustinus hat einmal gesagt: *«Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine grosse Räuberbande?»* Gut, ich gebe es zu, die Regierung hätte dann und wann ganz gern auf ein "ungünstiges" Urteil des Verwaltungsgerichtes verzichtet, hätte es also – um bei Augustinus zu bleiben – in Kauf genommen, als Räuberbande verschrien zu werden. Aber insgesamt wissen wir natürlich schon, dass wir *gelegentlich* auf das korrigierende Eingreifen der Justiz angewiesen sind.

Man kann sich jetzt natürlich fragen, was ist der einfachere Job: richten oder regieren? Die früheren Regierungsmitglieder können dies besser beurteilen als ich: sie haben regiert *und* Recht gesprochen, nämlich an jeder Regierungssitzung zig Baurekurse entschieden. Ob sie auch alle Rekursentscheide gelesen haben oder einfach auf das instruierende Baudepartement vertraut haben, weiss ich nicht. Und wo man grössere Lorbeeren holen kann, beim Richten oder beim Regieren, weiss ich ebenso wenig. Stellt man auf die *vox populi* ab, so könnte man meinen, in der Exekutive seien mehr Lorbeeren zu holen als in der Justiz. Allerdings zeigt uns die Erfahrung, dass dem nicht so ist. Ganz im Gegenteil – schon Winston Churchill hat gesagt: *«Im Krieg kann man nur einmal abgeschossen werden, aber in der Politik immer wieder.»*

Ein im Frühling dieses Jahres veröffentlichtes Berufsranking untermauert diesen Befund zusätzlich. Die in der Schweiz angesehenste Berufskategorie stellen die Feuerwehrleute. 94 Prozent der Bevölkerung haben grosses Vertrauen in sie. Richterinnen und Richter sind mit 63 Prozent Vertrauensbonus im Mittelfeld rangiert. Politikerinnen und Politiker finden sich mit 21 Prozent ziemlich am Ende der Skala. Sie lassen nur noch die Fussballspieler und die Autoverkäufer hinter sich – ein schwacher Trost!

Doch ich will nicht jammern – wir werden ja nicht zum Richter- oder Politiker-Dasein gezwungen. Und überdies stehen wir viel besser da, wenn man die Schweizer Ergebnisse mit Europa vergleicht. Da liegen die Schweizer Politiker 13 Prozent über dem Durchschnitt und stehen im Ländervergleich gar mit den schwedischen Amtskollegen an der Spitze. Die Schweizer Richter liegen sogar 17 Prozent über dem europäischen Schnitt. Offenbar machen wir also doch nicht alles falsch.

Nichts falsch machen wir wohl auch dann, wenn wir uns wie am heutigen Tag treffen und uns – bei aller notwendigen Unabhängigkeit voneinander – zu einem offenen Gedanken- und Meinungsaustausch zusammensetzen. Schliesslich ist es ja nicht so, dass wir völlig losgelöst voneinander arbeiten, sondern Entscheidungen der einen Gewalt haben immer wieder auch konkrete Auswirkungen auf die jeweils andere. Eine gute Staatsführung bedingt daher, dass wir gegenseitig unsere Arbeit verstehen und zusammenarbeiten.

Ich gehe deshalb an dieser Stelle kurz auf einige Vorhaben der Regierung ein, die auch die Gerichte betreffen. Zuerst ist da die *befristete Lohnkürzung* zu erwähnen, zu welcher sich die Regierung wegen der Vorgabe des Kantonsrates wider Willen gezwungen sieht. Bekanntlich gilt diese Lohnkürzung für alle kantonalen Angestellten mit einem Jahresverdienst über 60'000 Franken. Die anwesenden Richterinnen und Richter dürften damit erfasst sein. Dies sehen allerdings offenbar nicht alle Richter so. Jedenfalls soll sich ein bekannter Kreisgerichtspräsident an der Richtertagung darüber mokierte haben, wie ungerecht die Lohnkürzung sei, da sie für die Kantonsrichter und die Regierungsmitglieder *nicht* gelte, weil diese Magistratspersonen seien. Der Herr Kreisgerichtspräsident sei auf das Personalgesetz verwiesen, wonach auch Magistratspersonen Kantonsangestellte sind.

Ein zweites Vorhaben betrifft die *Pensionskasse*. Auf 1. Januar 2013 passen wir die Verordnungen an die höhere Lebenserwartung an. Folge sind höhere Beiträge (+1,3 % des versicherten Lohns). Dies gilt auch für die Ruhegehaltsordnung. Diese wird dann zu einem späteren Zeitpunkt auch materiell geändert. Dies geschieht aber unabhängig von der laufenden Verselbständigung und Fusion der beiden Pensionskassen, die in der Novembersession 2012 beraten werden wird. Gemäss einer gutgeheissenen Motion soll die Ruhegehaltsordnung nach dem Luzerner Modell umgebaut werden. Danach erhielte eine vorzeitig – d.h. nach mind. 3 Amtsdauern – zurücktretende oder eine unverschuldet nicht wiedergewählte Magistratsperson wie bisher ein Ruhegehalt. Allerdings nur bis zum 65. Altersjahr. Ab dem 65. Altersjahr soll dann anstelle des Ruhegehalts nur noch die ordentliche Rente ausbezahlt werden.

In nächster Zeit wird sich die Regierung auch mit Gesetzesänderungen befassen, welche die Gerichte direkt betreffen. Zum einen handelt es sich um die im April 2012 angenommene Motion der Rechtspflegekommission, die eine *Änderung des Gerichtsgesetzes* anregt. Dabei sollen haupt- und nebenamtliche Richterinnen und Richter bei den Kreisgerichten je in getrennten Wahlen gewählt werden. So soll die absurde Situation vermieden werden, dass nebenamtliche Richter anstelle von hauptamtlichen gewählt werden und umgekehrt.

Zum anderen verweise ich auf einen Nachtrag zum *kantonalen Polizeigesetz*, der die verdeckte Ermittlung regeln soll. Dieser Nachtrag ist notwendig, weil mit der neuen schweizerischen Strafprozessordnung die dafür bisher geltende gesetzliche Grundlage weggefallen ist. Die Re-

gierung hat daher anfangs dieses Jahres bereits einen entsprechenden Entwurf in die Vernehmlassung gegeben. Darin hat sie sich dafür ausgesprochen, verdeckte Ermittlungen von einer richterlichen Bewilligung abhängig zu machen.

Zuletzt möchte ich die nach wie vor pendente *Neugestaltung der Verwaltungsjustiz* erwähnen, die auf ein Bundesgerichtsurteil und eine daran anschliessende Motion aus dem Jahr 2010 zurückgeht. Der neue Vorsteher des SJD, Fredy Fässler, kann jetzt umsetzen, was er damals im Kantonsrat als Präsident der vorberatenden Kommission noch "mitverbrochen" hat. Im Anschluss an die Parlamentsberatungen meldeten sich angeblich verschiedene Richterinnen und Richter der VRK bei ihm und boten ihm an, bei dieser Reform gern mitzuarbeiten. Er musste denen damals sagen, dass er «... *dieses Anliegen gern entgegennehme und an die Regierung weiterleiten werde, da es seines Erachtens berechtigt sei.*» Nun, lieber Fredy, als SJD-Chef kannst du jetzt gleich selber deine tolle Idee umsetzen und für eine erfolgreiche Zusammenarbeit sorgen.

Allerdings gehe ich nicht davon aus, dass mein Kollege grössere Anstrengungen unternehmen muss, damit bei diesem Projekt eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Judikative entstehen kann. Aus meiner Sicht ist diese Zusammenarbeit generell nämlich sehr konstruktiv und funktioniert gut. Dafür bedanke ich mich bei Ihnen allen sehr herzlich.

Mein besonderer Dank geht an jene Richter, die Ende Jahr nach langjähriger Tätigkeit aus dem Kantonsdienst ausscheiden.

Zuerst richte ich meinen Dank an den scheidenden Präsidenten des Verwaltungsgerichtes, Prof. Dr. Ulrich Cavelti. Er hat dieses Gericht während 21 Jahren präsiert und stark geprägt. Zuvor hat er unter anderem im Finanzdepartement als Departementssekretär gewirkt. Wohl nicht zuletzt deshalb ist Ulrich Cavelti seit über 20 Jahren auch Berater der Finanzdirektorenkonferenz (FDK). Zudem arbeitete er während 15 Jahren als nebenamtlicher Bundesrichter in Lausanne, wo seine rasche Auffassungsgabe und seine ausserordentlich grosse Sachkompetenz ebenfalls sehr geschätzt waren. Im Namen der Regierung und sicher auch in Ihrem Namen danke ich Ulrich Cavelti für sein engagiertes langjähriges Engagement und wünsche ihm für seinen wohlverdienten Ruhestand alles Gute und v.a. gute Gesundheit. So ganz ruhig wird er es allerdings bestimmt nicht nehmen. Er wird weiter als Sekretär der FDK wirken und sicher – wie schon in den letzten Jahren – immer wieder mal eine Rechtsfrage des Finanzchefs gutachterlich beantworten. Und dies nota bene jeweils für ein paar Flaschen aus dem Staatskeller. Ulrich Cavelti wird dann in einigen Wochen offiziell verabschiedet werden. Ich habe die Ehre, dort die Laudatio bzw. die Rede halten zu dürfen. Ich will noch nicht viel verraten, aber immerhin schon einmal eine Vorwarnung aussprechen. Der Titel des Referats lautet nämlich: "Was wäre das Verwaltungsgericht ohne die Regierung? – Ein Aperçu des Regierungspräsi-

denten". So ganz unberechtigt ist diese Frage nicht, hat doch die Regierung mit verschiedenen Entscheiden immer wieder Stoff für verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung geliefert.

Ebenfalls in den Ruhestand tritt auf Ende Jahr Kantonsrichter Luzius Eugster. Luzi Eugster stand während über 40 Jahren im Dienst der St.Galler Justiz, davon 26 Jahre am Kantonsgericht, das er während dieser Zeit ebenfalls stark geprägt hat. Während seiner Präsidentschaft setzte er sich intensiv für den Abbau der Pendenzenberge am Gericht ein. Dies führte mit der Schaffung der Generalsekretärsfunktion zu einer nachhaltigen administrativen Entlastung der Richter und fand seinen Abschluss mit der Justizreform von 2009. Im Namen der Regierung danke ich dir, lieber Luzi, für deinen verantwortungsvollen Einsatz zugunsten unseres Kantonsgerichtes und wünsche dir für die Zukunft alles Gute.

Dieses Jahr wird sich ausserdem nach 12-jähriger Tätigkeit als Kantonsrichter der derzeitige Präsident des Kantonsgerichtes, Niklaus Oberholzer, verabschieden. Er verlässt uns nicht ruhestandshalber, sondern folgt einer Berufung ans Bundesgericht. Niklaus Oberholzer hat als Untersuchungsrichter, Strafverteidiger und Kantonsrichter die Justiz von allen Seiten kennengelernt. Nebst dem Kantonsgericht hat er auch die Anklagekammer und die Anwaltskammer präsiert. Als profilierter Strafrechtler hat er sich zudem weit über die Kantons Grenzen hinaus einen Namen geschaffen, der bei der Bundesrichterwahl vom Bundesparlament einfach nicht übersehen werden konnte. Ich danke dir, lieber Niklaus, für dein Engagement und deinen Einsatz zugunsten der kantonalen Justiz. Ich wünsche dir viel Freude in deiner neuen Funktion als Bundesrichter. Und: Wir St.Galler sind stolz, dass wir nun mit Martha Niquille und dir zwei hochkarätige Richter am Bundesgericht haben. Dies kommt ja nicht von ungefähr, sondern ist der verdiente Lohn für gute Arbeit.

Sie haben jetzt lange zuhören müssen. Wir haben damit den Hauptgang verdient. Ich danke Ihnen für Ihre Teilnahme an diesem Treffen und freue mich auf anregende Gespräche an den einzelnen Tischen.

Martin Gehrer, Regierungspräsident